

Kika/Leiner-Konkurs: 1.400 Jobs in Gefahr - Was nun für Kunden?

Kika/Leiner meldet Insolvenz an: 1.400 Mitarbeiter vor Weihnachten ohne Job, Kunden bangend um ihre Anzahlungen.

St. Pölten, Österreich -

Die traurigen Nachrichten vor Weihnachten lassen nicht auf sich warten: 1.400 Mitarbeiter der Möbelhauskette Kika/Leiner müssen ihre Jobs aufgrund einer gescheiterten Sanierung aufgeben, da das Unternehmen Insolvenz angemeldet hat. Diese Entwicklung hat viele österreichische Kunden betroffen, die bereits für ihre bestellten Möbel im Voraus gezahlt haben. Ein Mitarbeiter der Arbeiterkammer Oberösterreich, Gernot Fieber, berichtet, dass zahlreiche verunsicherte Kunden seit Bekanntwerden des Konkurses anrufen. Viele fragen sich, ob und wann sie ihre bestellten Produkte erhalten werden. Die Unsicherheit ist groß, da die Informationen über Rückzahlungen und Warenverfügbarkeit fehlen, so ein Bericht von **heute.at**.

Ein Insolvenzverwalter soll bis Ende der Woche einen Plan vorlegen, um die geleisteten Anzahlungen zu klären. Betroffene Kunden haben bis zum 10. Januar Zeit, ihre Ansprüche beim Landesgericht St. Pölten anzumelden. Laut Fieber besteht die Möglichkeit, dass Rückzahlungen nur eine kleine Quote des bereits gezahlten Betrags betragen. So könnte ein Kunde, der 1.000 Euro für ein Möbelstück hinterlegt hat, nur 75 Euro zurückbekommen, wenn die Quote bei zehn Prozent liegt. Das Risiko von Zahlungsausfällen ist in der Möbelbranche gerade

beunruhigend hoch, wie auch in einem Artikel auf [heropay.eu](https://www.heropay.eu) thematisiert wird, wo der Verlust durch unbezahlte Forderungen in Frankreich jährlich 56 Milliarden Euro ausmacht.

Forderungen und Zahlungsverzögerungen

Das Thema unbezahlte Kundenforderungen wird nicht nur für Kika/Leiner zur Herausforderung, sondern betrifft viele Unternehmen, die mit ähnlichen Risiken konfrontiert sind. Eine effektive Verwaltung der Kundenforderungen ist unerlässlich, um Zahlungsausfälle zu vermeiden und den Cashflow aufrechtzuerhalten. Obendrein zeigt der Umgang mit solchen Forderungen, wie wichtig eine transparente Kommunikation der Zahlungsbedingungen ist, um Missverständnisse und Unzufriedenheit zu vermeiden. Die gesetzlich vorgeschriebene Zahlungsfrist von 30 Tagen darf nicht überschritten werden, dennoch haben die Kunden oft Schwierigkeiten, ihre Rechnungen rechtzeitig zu begleichen. Dies verstärkt die ohnehin schwierige Lage für Unternehmen wie Kika/Leiner, in der die Unsicherheit über zukünftige Zahlungen und Warenverfügbarkeiten weiter steigt.

Details	
Vorfall	Insolvenz
Ursache	Sanierung gescheitert
Ort	St. Pölten, Österreich
Verletzte	1400
Quellen	• www.heute.at • www.heropay.eu

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)